

Stand: 20.04.2026 06:24:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/3087

"Handelsabkommen ökologisch und sozial ausgestalten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/3087 vom 17.07.2019
2. Beschluss des Plenums 18/3230 vom 18.07.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 26 vom 18.07.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülsere Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Christian Hierneis** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Handelsabkommen ökologisch und sozial ausgestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. bei der EU-Kommission die zügige Veröffentlichung des gesamten Textes zum Mercosur-Abkommen sowie des Zeitplans zur weiteren Verhandlung einzufordern;
2. darauf hinzuwirken, dass Freihandelsabkommen, wie z. B. das Mercosur-Abkommen, nur noch verhandelt werden, wenn sie auf europäischen Standards in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Menschenrechte basieren sowie deren Durchsetzbarkeit garantieren;
3. darauf hinzuwirken, dass Freihandelsabkommen, wie z. B. das Mercosur-Abkommen, nur noch verhandelt werden, wenn sie den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Liberalisierung und Privatisierung sicherstellen und keine Investitionsschutzklauseln enthalten, die die politischen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Setzung von Schutzstandards in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Menschenrechte einschränken;
4. darauf hinzuwirken, dass auf bundes- und europäischer Ebene keine Abkommen mehr abgeschlossen werden, die die unter 2. und 3. genannten Kriterien nicht erfüllen;
5. sich nicht an der Ratifizierung von Abkommen zu beteiligen, die die unter 2. und 3. genannten Kriterien nicht erfüllen.

Begründung:

Die Regulierung des Welthandels durch Handelsabkommen, die unnötige Handelsbeschränkungen abbauen, ist sinnvoll. Der Abbau dieser Handelsbeschränkungen darf aber nicht auf Kosten von Umwelt und Menschen erfolgen, sondern sollte vielmehr mit einem Gewinn für Mensch und Umwelt verbunden sein. Günstige Produktionsbedingungen in Drittstaaten basieren auch auf der Abwälzung von Kosten auf Natur, Klima und Menschen, indem geringere Schutzstandards gelten oder ausbeuterische Arbeitsverhältnisse bestehen. Die Europäische Union ist daher gefordert, Handelsabkommen nicht allein mit dem Ziel der Profitmaximierung abzuschließen, sondern auch mit Standards in den Bereichen Umwelt, Arbeit und Menschenrechte zu verbinden. Entscheidend bei der Ausgestaltung der Verträge ist die tatsächliche Durchsetzbarkeit dieser Standards, sie dürfen keine Begleitprosa des Vertragstextes darstellen.

Neben Mensch und Umwelt bedrohen nur auf Profit ausgerichtete Handelsverträge durch übermäßige Investitionsschutzklauseln auch den politischen Gestaltungsspielraum, indem sie die Setzung stärker Schutzstandards in den Bereichen Umwelt, Arbeit

und Menschenrechte gefährden. Zusätzlich eröffnen sie häufig die Möglichkeit zur Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und schwächen damit den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf diese wichtige staatliche Aufgabe.

Um die Akzeptanz von Handelsverträgen zu verbessern und eine öffentliche Debatte über ihre Inhalte zu ermöglichen, ist Transparenz entscheidend. Daher fordern wir zum in Verhandlung befindlichen Mercosur-Abkommen die Veröffentlichung des gesamten Textes durch die EU-Kommission sowie die Vorlage des weiteren Zeitplans für die Verhandlungen. Mit fairen, an sozialen und ökologischen Standards orientierten Handelsverträgen kann die Europäische Union einen entscheidenden Beitrag zum Schutz unseres Klimas sowie Ökosystems leisten und zugleich die Arbeitsbedingungen in zahlreichen Drittstaaten positiv beeinflussen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Christian Hierneis** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/3087

Handelsabkommen ökologisch und sozial ausgestalten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ralf Stadler

Abg. Florian Siekmann

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Dr. Franz Rieger

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Christoph Skutella

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 31** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ralf Stadler u. a. und Fraktion (AfD)

Heimische Landwirte und südamerikanische Ökosysteme vor negativen Auswirkungen internationaler Freihandelsverträge schützen - geplantes Mercosur-Abkommen verhindern (Drs. 18/3061)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Handelsabkommen ökologisch und sozial ausgestalten (Drs. 18/3087)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Ralf Stadler, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich kurz auf die Wahl Ursula von der Leyens zur Präsidentin der EU-Kommission eingehen. Sie hat nach vielen Ministerjahren ihre Fähigkeiten bewiesen.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Was hat das mit dem Thema des Dringlichkeitsantrags zu tun?)

Jeder gelernte Handwerker hinterlässt eine saubere Baustelle, was man von dieser Dame nicht behaupten kann.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, ich darf Sie – –

Ralf Stadler (AfD): Eine ganze besondere Leistung der Verteidigungsministerin – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Thema zu reden.

(Zuruf von der AfD: Das war zur Einleitung!)

– Zur Einleitung? – Ich möchte Sie noch einmal dringend ermahnen, zum Thema zu reden.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Unruhe bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Ein Musterbeispiel dafür wäre der Umgang mit unserer heimischen Landwirtschaft. Das Handelsabkommen zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten bedroht die heimische Landwirtschaft existenziell.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was haben Sie denn für Getränke zu sich genommen?)

– Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Gibt es keine Dezibel-Vorgabe?)

– Was ist denn los? – Über das Abkommen sollen Zölle und andere Handelshemmnisse abgebaut werden, nur um Großkonzernen Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe zu bringen. Der Deal sieht vor, dass jährlich 100.000 Tonnen Rindfleisch aus Südamerika in die EU gelangen. Damit würden vor allem unsere bäuerlichen Rindermastbetriebe gefährdet, aber auch unsere Zuckerrübenbauern.

Die EU wurde als gemeinsamer Wirtschaftsraum gegründet. Nun kommen aber immer mehr nationale Freihandelsabkommen hinzu. Dies geschieht auf Kosten demokratischer Kontrolle und europäischer Standards für Umwelt- und Verbraucherschutz. Diese Abkommen benachteiligen darüber hinaus einseitig ganze Wirtschaftszweige, zum Beispiel unsere heimische Landwirtschaft.

Dass sich Frankreich neuerdings gegen das Abkommen ausspricht, zeigt deutlich, welcher Widerstand vonseiten der Landwirte kommt. Auch Österreich hat erkannt, dass das Abkommen eher nachteilig für die heimische Wirtschaft ist, und lehnt das Abkommen daher ebenfalls ab. Der ehemalige Kanzler Kurz sagt:

Wir setzen uns für die Erhaltung unserer europäischen Standards bei Umweltschutz, Tierschutz und Lebensmittelqualität ein.

Und weiter:

In Österreich darf es kein Ramschfleisch aus Südamerika geben.

Von unserer Regierung höre ich gar nichts dazu. Dies zeigt klar die Widersprüche von euch Klimahysterikern mit eurer sogenannten Klimaschutzpolitik: In Deutschland gängelt man die Bürger mit CO₂-Steuer, Dieserverbot und drastischen EEG-Umlagen und schwächt damit unsere Wirtschaft. Andererseits fördert man durch das Freihandelsabkommen den umweltschädlichen Transport von Produkten, die besser vor Ort erzeugt worden wären, durch die halbe Welt. Darüber hinaus wird in Brasilien der Regenwald abgeholzt, um noch mehr Flächen für Weidehaltung und Sojaanbau zu schaffen.

Das Freihandelsabkommen ist auch eine schlechte Nachricht für die strukturschwächeren Regionen Bayerns. Es wird vermehrt Zucker aus Südamerika importiert, anstatt unsere Zuckerrübenbauern zu erhalten. Wenn die Staatsregierung den Umweltschutz wirklich ernst nimmt, dann muss sie auf regionale Produktion und regionale Lieferketten setzen.

Der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird ein angemessenes landwirtschaftliches Einkommen durch Marktordnungen sichergestellt – so heißt es zum Schutz der Bauern schon in der Bayerischen Verfassung, Artikel 164. Deshalb wollen wir und die betroffenen Landwirte von der Staatsregierung wissen, wie sie zu dem Abkommen steht und was sie zu tun gedenkt, um die heimische Landwirtschaft zu schützen. Übt die Staatsregierung Druck auf die Bundesregierung aus, dem Abkommen nicht zuzustimmen?

Von der Bundesregierung ist hier nichts zu erwarten. Einerseits verschärfen wir in der EU laufend die Standards für Landwirtschaft und Umwelt; andererseits holen wir uns mit diesen Freihandelsabkommen die Konkurrenz mit erheblichen Kostenvorteilen aufgrund der niedrigeren Standards für Umweltschutz und Tierwohl ins Land. Oder glauben Sie im Ernst, dass sich der Bolsonaro um Ihre Umweltvorschriften schert?

Diese Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil unserer Landwirte werden wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Florian Siekmann, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man könnte meinen, die AfD sei unter die Regenwaldretter und Klimaschützer gegangen. Wenn man in der Antragsbegründung nachliest, sieht man: Der "sog. „Klimaschutz“" wird aufgerufen. Natürlich wird auch gern der Regenwald in Brasilien gerettet. Dem Volksbegehren für mehr Artenvielfalt haben Sie hier im Bayerischen Landtag aber nicht zugestimmt, und das ist es, worauf es am Ende ankommt. Von Umweltstandards halten Sie gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie machen das, was Sie am besten können: Sie sehen ein Problem aufkommen und wollen sich abschotten. Aber beim Welthandel kann man nicht seinen Klappspaten auspacken, im Garten ein Loch graben und darauf warten, bis das Problem vorübergezogen ist. Man muss bereit sein zu gestalten. Deshalb brauchen wir einen Paradigmenwechsel. Wir brauchen beim Welthandel nicht mehr Klappspaten, sondern endlich einen Handel, der von der Profitorientierung zu einem System übergeht, das bereit ist, dem Wohl von Mensch und Umwelt zu dienen. Das muss unser Maßstab sein, wenn wir Handelsabkommen abschließen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben viel über die Landwirtschaft und all das, was importiert werden soll, gehört. Wir können das Kapitel über die Handelsgüter noch weiter durchgehen. Da lese ich: Industriegüter, Liberalisierungsgrad 90 % bei den Mercosur-Staaten. Wir sollen ordentlich exportieren können. Eine Ausnahme gibt es: Pkw 100 % Liberalisierung. Da zeigt sich doch das Problem. Wir haben hier längst erkannt, dass wir eine Verkehrswende brauchen. Zumindest hoffe ich, dass die Staatsregierung dies erkannt hat. Trotzdem verhandeln wir in den Vertrag hinein, dass gerade Pkws, also die schädlichste Form der Individualmobilität, frei und ohne Zölle exportiert werden sollen.

Das Gleiche sehen wir bei den Rohstoffen. Im Abkommen steht, die EU soll den Zugang zu günstigeren, qualitativ hochwertigen Rohstoffen erhalten. Auch hier haben wir ein Problem; denn gerade der Bergbau und die Rohstoffproduktion sind Wirtschaftszweige, die mit dem größten Schaden für das Klima und den größten Umweltrisiken verbunden sind. Diese Wirtschaftszweige haben wir in den letzten Jahren im großen Stil in andere Länder verlagert, und dann holen wir uns die Produkte hierher. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen: Damit importieren wir uns einen Teil der Treibhausgase, die in Südamerika freigesetzt werden, womit ich wieder bei der Debatte von gestern wäre. Wir hören von der FDP immer wieder, dass wir das Klima nicht alleine retten könnten.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Prof. Dr. Bausback?

Florian Siekmann (GRÜNE): Am Schluss.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Am Schluss. Danke.

Florian Siekmann (GRÜNE): Wir hören von der FDP, wir könnten das Klima nicht alleine retten. Es geht aber genau darum, dass das Handelssystem vorgibt und steuert, unter welcher Maßgabe die anderen Staaten mit uns Handel treiben und unter wel-

chen Bedingungen wir bereit sind, zu importieren und zu exportieren. Das Entscheidende bei all diesen Handelsverträgen ist deshalb: Wir brauchen eine Verankerung von Standards im Bereich der Umwelt, im Bereich der Arbeit und im Bereich Menschenrechte. Wir müssen definieren, wie produziert und gehandelt werden soll, und nicht nur, was.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gehört Transparenz. Wer es schafft, in dem ganzen Handelsabkommen 21-mal das Wort Transparenz zu erwähnen, muss als EU-Kommission bereit sein, die Texte vorzulegen und einen Zeitplan abzugeben, wie weiter verhandelt werden soll. Dazu gehört, dass die Umweltstandards nicht nur eine Prosa im Text sind, die in ein nettes Kapitel verschoben wird, nämlich Kapitel 14 "Handel und nachhaltige Entwicklung". Dort steht dann: Das Pariser Klimaschutzabkommen soll effektiv implementiert werden. – Schaut man aber ans Ende, heißt es beim Thema Streitbeilegung: Wir haben ein besonderes Streitbeilegungsverfahren. Dieses endet nur mit Empfehlungen, aber nicht mit Sanktionen. Empfehlungen bringen uns im Bereich Klima und Umwelt aber einfach nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, verstehe ich Sie richtig, dass Sie gegen eine 100-prozentige Liberalisierung im Bereich der Schlüsselindustrie, die Bayern trägt, nämlich der Automobilindustrie, sind? Finden Sie nicht auch, dass Sie mit all diesen Standards außerhalb der Umwelt- und der Menschenrechte, mit Ihrer negativen Sicht auf die internationalen Abkommen, die Sie hier schildern, das Geschäft von Donald Trump betreiben?

(Beifall bei der CSU)

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege, ich wollte demonstrieren: Wir machen es uns allzu einfach, wenn wir immer nur zeigen: Das exportiert die EU zu 100 % dorthin.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie machen es sich zu einfach!)

Wir stellen aber nicht die Frage, wie wir das, was wir hier über den Klimaschutz gelernt haben, exportieren können. Das sieht man ganz deutlich an dem Beispiel: 90 % der Industriegüter werden liberalisiert, aber es gibt eine Ausnahme, nämlich 100 % bei den Pkws. Mein Schluss ist: Es geht nicht immer darum, was wir exportieren, sondern wir müssen uns auch die Frage stellen, wie wir produzieren und handeln wollen und wie wir es schaffen, auch in anderen Staaten Klima- und Umweltschutz zu unterstützen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!)

Ich kritisiere nicht die Abkommen. Ich kritisiere, dass keine Bereitschaft besteht, Regelungen aufzunehmen, die die effektive Durchsetzung garantieren. Wir brauchen einen Anreiz für die Staaten, sich daran zu halten. Warum koppeln wir nicht den Marktzugang an die Einhaltung dieser internationalen Abkommen? Wir sehen gerade die Probleme in Brasilien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Dr. Rieger von der CSU-Fraktion auf.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Jahrzehntlang war es breiter Konsens, dass die zusammenwachsende Welt und der weltweite Handel positiv sind: mehr Austausch, mehr Völkerverbindung und vor allem mehr Wachstum und Wohlstand. Heute ist das etwas anders. Freihandel und Globalisierung werden kritischer gesehen. Wir machen uns berechtigterweise Sorgen um die Einhaltung von Verbraucherschutzstandards, aber auch um die Einhaltung von Umweltstandards bei der Produktion im Ausland.

Man denkt dabei an die heimische Wirtschaft und die Landwirtschaft, die möglicherweise von Konkurrenz bedroht sind. Oft wird dann reflexartig gleich der Freihandel insgesamt in Zweifel gezogen, so hier im Landtag von der AfD, aber auch von Emmanuel Macron und am prominentesten wohl von Donald Trump. Emotional kann ich manche dieser Bedenken nachvollziehen. Aber, meine Damen und Herren, das ist nicht entscheidend. Lassen Sie mich hier die entscheidenden Fragen stellen: Warum geht es Deutschland und insbesondere Bayern heute so gut? Warum haben wir hier Vollbeschäftigung? Warum haben wir im Freistaat so hohe Steuereinnahmen und können damit viele Projekte finanzieren? – Die Antwort ist simpel: Weil wir in Bayern tolle und innovative Produkte herstellen, die wir in die ganze Welt exportieren.

Ja, wir sind die großen Profiteure des Freihandels. Unser Wohlstand basiert zu einem großen Teil auf Export und auf diesem Freihandel. Daher sind wir für Freihandel in der Welt und ganz konkret für dieses Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten. Mit diesem Abkommen entsteht die größte Freihandelszone der Welt und damit Absatzmöglichkeiten und Chancen. Gerade der brasilianische Markt, der derzeit schwer zugänglich ist, hat enormes Potenzial. Brasilien ist mit 210 Millionen Einwohnern weltweit die achtgrößte Volkswirtschaft.

EU-Unternehmen können insgesamt Zölle von jährlich 4 Milliarden Euro einsparen. Gerade in Zeiten, in denen der Handel mit den USA, aber auch mit China schwieriger wird und unsere Konjunktur Anzeichen von Schwäche zeigt, ist das ein wichtiger Impuls, vor allem zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei uns in Deutschland.

Es wurde bereits angesprochen: Natürlich ist der Freihandel keine Einbahnstraße. Produkte aus Südamerika werden auch zu uns kommen. Aber, meine Damen und Herren, setzen wir das doch ins richtige Verhältnis. Nehmen wir das Beispiel Landwirtschaft, das heute auch schon angesprochen wurde. Unsere Landwirtschaft ist ein höchst erfolgreicher Exporteur. Wir exportieren jedes Jahr Güter im Wert von 9,4 Milliarden Euro ins Ausland. Mit dem Mercosur-Abkommen schaffen wir gerade für Molke- und Milchprodukte neue, wichtige Absatzmöglichkeiten. Diese sind gerade für uns hier in

Bayern wichtig. Als Beispiele nenne ich Exportkontingente von 300.000 Tonnen bei Käse und eine Zollreduktion von 50 % auf Joghurt. Also keine Panik.

Zu uns kommen auch südamerikanische Produkte. Das Mercosur-Abkommen gibt den Import nicht völlig frei, sondern erhöht die zollbegünstigten Kontingente, und das nur maßvoll. Beim Rindfleisch sind es beispielsweise 99.000 Tonnen. Man muss sehen: Das sind gerade einmal 1,25 % des gesamten Rindfleischkonsums in der Europäischen Union.

Einen Punkt müssen wir jedoch gut im Auge behalten. Für Landwirte in der EU gelten höhere Standards in den Bereichen Umwelt, Klima und Ressourcen. Wir müssen darauf achten, dass Wettbewerbsnachteile aufgrund der Importe aus Südamerika ausgeglichen werden. Ein starkes GAP-Budget ist und bleibt daher sehr, sehr wichtig.

Wenn der finale Vertragstext vorliegt, müssen wir auf EU-Ebene darauf achten, dass darin ein umfassendes Nachhaltigkeitskapitel zum Umwelt- und Naturschutz enthalten ist und dass europäische Standards für Importe in der Praxis auch umgesetzt werden.

Eines muss man aber ehrlich und realistisch sehen: Freihandelsabkommen sind Verträge. In sie kann man nicht einfach einseitig seine Wünsche hineinschreiben. Abkommen müssen verhandelt und ausgehandelt werden. Erst wenn man verhandelt hat, weiß man, ob man seine Vorstellungen so weit durchsetzen kann, dass man auch zufrieden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wir sind uns einig, dass wir europäische Umwelt-, Verbraucherschutz- und Arbeitsschutzstandards wahren wollen und dass sich dies auch in den Verträgen niederschlagen muss. Ihren Antrag lehnen wir aber dennoch ab; denn wenn man Verhandlungen von vornherein ausschließt, wären Freihandelsabkommen faktisch überhaupt nicht mehr möglich mit der Folge, dass viele Produkte ohne faire Regelungen und ohne Standards gehandelt würden. Dies kann nicht in unserem Sinne sein.

Lassen Sie mich zudem abschließend noch einige Worte zu Brasilien sagen. Für uns ist das Pariser Klimaschutzabkommen entscheidend. Daher soll es richtigerweise ein integraler Bestandteil des Abkommens sein. Brasilien kann also nicht so einfach aus diesem Klimaschutzabkommen aussteigen, wenn es gleichzeitig das Mercosur-Abkommen haben will. Wir haben damit die Chance, hier neue Akzente zu setzen, und zwar die richtigen. Wir lehnen daher das Abkommen nicht ab. Wir lehnen aber den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege Rieger, zwei Punkte. Sie haben gesagt, dass wir ein starkes GAP-Budget brauchen. Ist es aber nicht genau der falsche Weg, zu sagen: Weil unsere Landwirte bei höheren Umweltstandards höhere Produktionskosten haben, schütten wir Subventionen aus, um die schlechteren Umweltstandards in den Mercosur-Staaten zu kompensieren? Wäre es nicht besser, bei den Mercosur-Staaten darauf hinzuwirken, dass diese in genau diesem Bereich ihre Umweltstandards anheben? – Punkt eins.

Punkt zwei. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass es gut ist, dass das Pariser Klimaschutzabkommen drinsteht. Das ist aber so lange Begleitprosa, wie alles, was zu Umwelt und Sozialem, Arbeit und Menschenrechten in dem Abkommen steht, im Vergleich zum Wirtschaftsteil nicht effectively enforceable ist, es also beim Streitbeilegungsverfahren keinerlei Möglichkeiten gibt, am Ende mit Sanktionen zu kommen, zum Beispiel den Zugang zum Markt zu reduzieren, wenn man sich nicht daran hält.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Franz Rieger (CSU): Zur bayerischen Landwirtschaft – das richte ich jetzt auch an die AfD –: Im europäischen Markt, gerade im Zuckermarkt, im Bereich Rindfleisch und bei Milch und Butter haben wir schon selbst einen Beitrag geleistet, indem wir die Quotenregelungen aufgehoben haben und innerhalb Europas einen völlig freien Markt geschaffen haben.

Zu den Umweltstandards sage ich Ihnen nur eines: Der Vertrag ist noch nicht ausgehandelt. Wir befinden uns noch in den Vertragsverhandlungen. Darum werden wir Ihrem Antrag auch nicht zustimmen. Verhandlungspartner ist die EU-Kommission. Wir können ihr keine Vorgaben machen. Natürlich müssen wir aber darauf achten, dass die Umweltstandards und andere Standards bei uns eingehalten werden. Ich wäre schon froh, wenn wir in ganz Europa gleichmäßige Standards erreichen würden. Dies müssen wir intern versuchen. Wenn wir in Europa Schwierigkeiten mit Produktionsmethoden der Landwirtschaft haben – ich blicke bewusst in den Osten Europas – und nicht einmal in Europa die gleichen Standards erreichen können, können wir der EU-Kommission keine hohen moralischen Ansprüche mit auf den Weg geben.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Franz Rieger (CSU): Wir können also der EU-Kommission nicht mit auf den Weg geben, unsere hohen moralischen Ansprüche als Vertragsbedingungen von vornherein in den Vertrag zu schreiben, wenn wir diese nicht einmal innerhalb Europas erfüllen. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag mit Überzeugung ab.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich den Kollegen Rinderspacher aufrufen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, um bei diesem Tagesordnungspunkt dem folgenden Redner einen Glückwunsch auszusprechen. Heute feiert der Herr Kollege und Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Markus Rinderspacher, einen runden Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich überlasse es Ihrem geneigten Urteil, zu entscheiden, welchen runden Geburtstag ich meine.

Im Namen des Hohen Hauses und persönlich wünsche ich Ihnen, sehr geehrter Herr Vizepräsident, und dir, lieber Markus, alles Gute und viel Erfolg bei deiner parlamentarischen Arbeit. – Ich darf dir nun das Wort übergeben.

(Allgemeiner Beifall)

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, vielen Dank für die warmen Worte. Ich freue mich sehr darüber. In meiner Partei kommt es selten vor, dass man schon vor der Rede einen warmherzigen Applaus erhält.

(Heiterkeit)

Ich werde der SPD darüber berichten, dass mir im Bayerischen Landtag der warmherzige Beifall schon vor der Rede entgegengeschlagen ist. Ich weiß dies sehr zu schätzen. Um Herrn Dr. Heubisch zu ergänzen: Nein, ich werde heute noch nicht 60, auch wenn ich vielleicht so aussehe. Umso mehr freue ich mich, dass mich meine Fraktion beauftragt hat, heute gleich zwei schöne, gediegene Reden zu europapolitischen Angelegenheiten oder zur internationalen Politik zu halten.

Zunächst geht es um das Mercosur-Abkommen, das Abkommen der Europäischen Union mit dem südamerikanischen Staatenblock Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay. Dies wirft ein neues Schlaglicht auf die Verflechtung internationaler Handelsströme. Ich darf zum heutigen Zeitpunkt, Stand 18. Juli 2019 – das Datum werde ich mir gut merken können –, sagen, dass wir als SPD dieses Abkommen durchaus kritisch sehen. Wir sehen durchaus noch Luft nach oben und in vielen Bereichen noch die Notwendigkeit für Nachbesserungen.

Wir begrüßen es zwar, wenn Europa ein Zeichen gegen den Protektionismus von Donald Trump setzt und in Zeiten von Handelskriegen dem ein kooperatives Modell der internationalen Beziehungen entgegensetzt. Zölle und Handelsschranken abzubauen,

ist grundsätzlich sinnvoll. Davon profitiert der Welthandel. In der Regel ist dies auch mit einer Hebung der Lebensverhältnisse in vielen Bereichen verbunden.

(Zuruf von der AfD: Der Reichen!)

– Tatsächlich nicht nur für die Reichen, wie beispielsweise Asien und China deutlich machen. In China sind allein in den letzten zwanzig Jahren 800 Millionen Menschen aus der Armut gekommen, auch in der Folge verbesserten Welthandels. Man sollte diese Angelegenheit deshalb nicht auf jene protektionistische Art und Weise, wie sie der AfD-Antrag deutlich macht, in die falsche Richtung lenken.

Ja, das Abkommen wurde zwanzig Jahre lang verhandelt. Eine der größten Freihandelszonen der Welt mit einem Markt von fast 800 Millionen Konsumenten kann entstehen. Leider wird im Antrag vergessen, dass davon auch bayerische Produzenten in vielerlei Hinsicht profitieren. Die bayerische Automobilindustrie, die bayerischen Maschinenbauer und die bayerische chemische Industrie werden ihre Produkte künftig deutlich besser und vermehrt nach Lateinamerika liefern können. Bayern als siebgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union ist deshalb auf solche Handelsabkommen angewiesen.

Nun gibt es allerdings auch das Aber. Das Mercosur-Abkommen wird auch für ein verstärktes Angebot an Lebensmitteln innerhalb der Europäischen Union sorgen. Allein der Fleischimport in die Europäische Union soll sich, so prognostiziert die EU-Kommission, in den kommenden Jahren verdreifachen. Um künftig noch mithalten zu können, müssen also die europäischen und auch die bayerischen Bauern billiger werden. Billiger zu werden, bedeutet allerdings in der Regel nicht mehr Klimaschutz, sondern eher weniger, sodass man die Folgewirkungen dieses Abkommens auch entsprechend abschätzen muss. Dies ist an diesem Abkommen zu bemängeln. Die Folgenabschätzung ist noch nicht hinreichend. Vor allem die Bereiche Rindfleisch, Geflügel, Zucker und Ethanol gelten als sensibel.

Jährlich werden 99.000 Tonnen Rindfleischimporte genehmigt. Das entspricht einem Prozent des jährlichen Konsums innerhalb der Europäischen Union. Dies soll zusätzlich auf europäischem Boden konsumiert werden. Beim Zucker geht es um 190.000 Tonnen. Dabei haben bayerische und deutsche Rübenbauern und Zuckerunternehmen schon heute mit Wettbewerbsverzerrungen durch eine ungleiche Subventionspolitik innerhalb der Europäischen Union zu kämpfen.

Ein Umweltbedenken wollen wir auch hier ausdrücklich formulieren; denn wenn ein Anstieg der europäischen Nachfrage nach Rindfleisch, Soja und anderen mit der Entwaldung verbundenen Gütern tatsächlich zu erwarten ist, dann birgt dies natürlich insbesondere in Brasilien die Gefahr zunehmender Entwaldung. Das kann nicht in unserem Interesse sein. Deshalb brauchen wir Standards bei Umwelt, Arbeit, Menschenrechten und Verbraucherschutz. Wenn es darum geht, Wandel durch Handel tatsächlich zu initiieren, dann bitte eben nicht nur den Handel, sondern auch den Wandel, in unserem Interesse. Das heißt: Nein zu Gewinnen auf Kosten von Arbeitnehmerrechten, nein zu Profiten auf Kosten von Umwelt und Klimaschutz und von Verbraucherrechten.

Deshalb gibt es bei diesem Mercosur-Abkommen noch sehr viel zu diskutieren, und es gibt entsprechenden Nachbesserungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich Tobias Gotthardt aufrufen. Bitte schön.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nun bin ja weder ich noch sind die FREIEN WÄHLER bekannt dafür, dass wir glühende Verfechter eines unbedingten, althergebrachten regelfreien Freihandels wären, koste es, was es wolle. Nein, das sind wir nicht. Entsprechend kritisch haben wir auch bisherige Handelsabkommen begleitet. Ich nenne als Beispiel TTIP.

Ich persönlich habe in meiner Zeit als Mitarbeiter im Europäischen Parlament den Bereich TTIP im Umwelt- und im Entwicklungsausschuss in zweiter Reihe begleiten dürfen, weiß also, wovon ich rede, wenn ich sage, dass wir faire Handelsabkommen brauchen. Aber ich sage auch: Ich und wir FREIEN WÄHLER sind glühende Verfechter eines fairen Handels, einer neuen, fairen Welthandelskultur; denn Welthandel ist Fakt und keine Fantasie. Ihn fair zu regeln, ist das Gebot der Stunde. Genau das muss der Ansatz sein, wenn wir heute über ein Handelsabkommen wie das Mercosur-Abkommen sprechen. Es einfach zu negieren, ist kein Ansatz, um Welthandelspolitik zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir alle – ich glaube, auch die Beamtinnen und Beamten in Brüssel – würden uns wünschen, wir könnten Welthandel wie ganz früher multilateral auf der WTO-Ebene regeln. Aber Fakt ist auch, dass das nicht mehr funktioniert. Deswegen ist es für eine Wirtschaftsregion wie die EU, wie Bayern wichtig, die Regelungen bilateral zu treffen. Deswegen schließen wir alle diese Handelsabkommen und begleiten sie politisch kritisch.

Ich kann den Kolleginnen und Kollegen der AfD zu ihrem Antrag nur sagen: Hören Sie bitte auf mit Ihrer handelspolitischen Schnappatmung, und verhalten Sie sich nicht wie Protektoren eines kontraproduktiven Protektionismus. Wir wollen Welthandel gestalten; denn davon profitiert Bayern. Wir wollen ihn fair gestalten und nicht verhindern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir FREIEN WÄHLER haben den Welthandel bereits kritisch begleitet, da haben Sie das Wort noch nicht einmal buchstabiert. Das muss auch klar sein.

Auch heute begleiten wir das Thema aktiv, auch mit unserer Fraktion. Wir haben eine aktive Arbeitsgruppe. Gemeinsam mit unserem Wirtschaftsstaatssekretär, mit unserem Wirtschaftsminister sind wir an dem Thema dran, diskutieren es offen und ehrlich. Ich

merke auch, dass wir bei unserem Wirtschaftsminister mit den Punkten, die wir anbringen, wirklich ankommen.

Wir brauchen faire Regeln für den Mercosur-Bereich, vor allem für Argentinien und Brasilien. Das sind die beiden großen Handelspartner, mit denen wir als Bayern kooperieren. Wenn wir über Kooperation reden, dann reden wir zum Beispiel über Automobile, Maschinen und Arzneimittel. In diesen Bereichen exportiert Bayern enorm.

Herr Kollege Siekmann, ganz ehrlich: Ich bin froh über jedes bayerische Auto, das in Brasilien fährt; denn das ist ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz in Brasilien und nichts anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nachdem die Kolleginnen und Kollegen der AfD den Fokus auf die Landwirtschaft gerichtet haben, sage ich Ihnen: Wir als FREIE WÄHLER wissen auch, dass wir gewählt sind, um die bayerische Bauernfamilie zu unterstützen und nicht irgendwelche brasilianischen Rinderkonzerne. Das ist völlig klar. Sie können sicher sein, dass ein Wirtschaftsminister, der selbst niederbayerischer Landwirt ist, genau weiß, wovon er spricht, und genau weiß, was er tun muss, um die bayerischen Bauern zu schützen.

Entsprechend bin ich froh, dass wir heute im Bereich der Landwirtschaft nicht diesen völlig freien Handel haben. Wir reden über Kontingente. Wir reden zum Beispiel beim Rindfleisch über eine Reglementierung, über eine Begrenzung auf 100.000 Tonnen, die auch noch heruntergeschraubt werden kann, wenn es zu Wettbewerbsverzerrungen kommt.

Nehmen wir das doch einmal als Beispiel. Wenn Sie diese 100.000 Tonnen Rindfleisch auf ganz Europa umrechnen, dann bleiben für jeden Europäer 127 Gramm Rindfleisch pro Jahr, das in diesen Markt kommt. Übrigens haben wir jetzt schon allein 50.000 Tonnen argentinisches Rindfleisch auf dem europäischen Markt – ohne Mercosur-Abkommen. Das sage ich, um einmal die Dimensionen aufzuzeigen.

Ich sage Ihnen auch: Wenn Sie heute oder am Samstagabend Ihren Grill anwerfen und legen ein argentinisches Steak ohne Mercosur-Abkommen auf diesen Grill, dann schaden Sie dem bayerischen Landwirt mehr, als es Mercosur jemals kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Weil ich das gerade im Antrag der AfD gelesen habe – ein weiterer Punkt ist wichtig: Bitte veräppeln Sie die Leute nicht. Wir reden bei allen Handelsabkommen nicht davon, irgendwelche Lebensmittelstandards herabzusetzen. Jedes Produkt, jede noch so kleine Menge Fleisch, Milch etc., die auf den europäischen Markt kommt, wird die Regeln erfüllen, die erfüllt werden müssen.

In diesem Gesamtkontext müssen wir das Mercosur-Abkommen sehen. Wir sehen es kritisch, wir begleiten es kritisch. Wir werden auch den Bereich der Landwirtschaft weiterhin sehr kritisch verfolgen. Wenn es sein muss, werden wir reagieren können. Deswegen sagen wir Ja zu diesem Abkommen – es setzt neue, gute Standards – und Nein zu Ihrem Antrag und auch Nein zum Antrag der GRÜNEN, weil sie in vielen Bereichen einfach über das Ziel hinausschießen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, kommen Sie bitte noch einmal ans Rednerpult. – Ich darf Herrn Swoboda das Wort geben.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Gotthardt, als FREIER WÄHLER müsste ich eigentlich daran denken – –

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sind Sie bei den FREIEN WÄHLERN?)

– Als FREIER WÄHLER, der Sie sind, müsste ich doch erwarten können, dass Sie für die Bauern ein wirklich offenes und großes Herz haben.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Entschuldigung! Noch einmal bitte! Der Kollege quatscht dazwischen!)

– Das ist aber nicht angenehm. War das Ihr eigener Kollege? – Sie müssten doch ein großes Herz für die Bauern und auch Verständnis für die Leute haben, die ebenfalls ein Herz für die Bauern haben, selbst wenn sie von der AfD sind. Wenn Befürchtungen, die auch in den Medien so kolportiert werden, vorhanden sind, dass nämlich die Rindfleischproduzenten in Bayern und auch in ganz Deutschland möglicherweise Schwierigkeiten haben werden, das Preisdumping der Südamerikaner auszuhalten, dann muss das diskutiert werden. Wenn Sie von Lösungen und von einem großen Verständnis sprechen und wissen, was für die Bauern gut ist, dann sagen Sie es mir bitte auch. Ich habe bisher nichts gehört. Wenn Sie das anschließend tun könnten, wäre ich sehr dankbar.

Ich will noch etwas sagen. Es ist eine Sache, dass irgendwelche Leute gerade unliebsam sind oder in ihrem Vortrag wieder einmal über das Ziel hinausgeschossen sind, wie vielleicht die vom rechten Rand, aber Tatsache ist: Die Bauern haben Angst um ihre Existenz. Und da müssen wir die Ohren aufmachen, auch Sie, Herr Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sie dürfen mir glauben, dass meine Ohren sehr weit geöffnet sind, wenn es um die Anliegen der Bauern geht. Allerdings diskutiere ich die Anliegen der Bauern mit den Landwirten und nicht mit den Kollegen der AfD. Das müssen Sie mir jetzt zugutehalten.

Wenn Sie den Antrag der AfD lesen, dann sehen Sie schon im Titel einen groben Fehler. Dort heißt es: "Mercosur-Abkommen verhindern". Das ist keine Basis, auf der wir diskutieren können. Das bringt niemandem etwas, auch den bayerischen Landwirten nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe schon von dieser Arbeitsgruppe gesprochen. Wir haben unser Ohr an den Landwirten. Wir nehmen deren Anliegen sehr ernst. Nur, mit einer Panikmache, wie sie unter anderem mit diesem Antrag betrieben wird, erreichen Sie gar nichts. Ja, wir müssen es ernsthaft diskutieren, aber wir müssen uns auch darüber im Klaren sein –

das habe ich vorhin mit dem Beispiel vom Grill angesprochen –: Die Existenzbedrohung für den bayerischen Landwirt liegt nicht in dem Papier, nicht im Mercosur-Abkommen.

(Zuruf von der AfD: Doch!)

Sie liegt im Verhalten eines jeden einzelnen Verbrauchers in Bayern, der wissen muss, ob er sein Fleisch beim bayerischen Landwirt kaufen will oder nicht. Ich kaufe mein Fleisch beim bayerischen Landwirt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich Herrn Skutella von der FDP-Fraktion aufrufen.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Durch das Mercosur-Abkommen wird ein Wirtschaftsraum mit 260 Millionen Einwohnern für die deutsche Wirtschaft besser erreichbar. Unsere mittelständische Industrie ist auf solche Exportchancen angewiesen. Das Freihandelsabkommen mit den südamerikanischen Staaten sichert somit Arbeitsplätze und liefert dringend notwendige Impulse für unsere zu stottern beginnende Industrie und Wirtschaft. Unzählige kleine wie große Betriebe und Dienstleister hängen als Zulieferer am Außenhandel. Dieser betrifft uns also alle viel mehr, als wir vielleicht im Alltag wahrnehmen.

Zur Landwirtschaft. Bei dem Handelsabkommen geht es nicht, wie es im AfD-Antrag formuliert ist, darum, Großkonzernen Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe zu bringen und bäuerliche Familienbetriebe zu ruinieren. Bevor Sie hier niveaulos Angstmacherei betreiben und Schauermärchen von Massen an argentinischem Rindfleisch, das den bayerischen Markt überschwemmt und bäuerliche Existenzen zerstört, verbreiten, schauen Sie doch erst einmal genau an, was konkret verhandelt wurde.

Beispiel Rindfleisch. Im Jahr 2004 waren in den Mercosur-Verhandlungen noch Einfuhren von 300.000 Tonnen Rindfleisch im Gespräch. Geeinigt hat man sich jetzt auf

ein Importkontingent von 99.000 Tonnen Rindfleisch, das entspricht etwa 1 % des Konsums in der EU.

Zudem können wir die tatsächlichen Auswirkungen auf den Rindfleischmarkt noch gar nicht beurteilen. Der dänische Fleischkonzern Danish Crown bezeichnet es als kurz- und mittelfristig nicht verwerflich, dass wir das Mercosur-Abkommen ratifizieren werden. Grundsätzlich müsse man auch die Brexit-Verhandlungen abwarten, denn Großbritannien ist ein sehr großer Abnehmer von Mercosur-Rindfleisch, so der Geschäftsführer von Danish Crown vergangene Woche.

Die Verwaltung des Einfuhrkontingents liegt in den Händen der EU. Ob Rindfleisch, Geflügelfleisch oder Zucker, keiner dieser Märkte wird komplett liberalisiert. Für jeden Bereich werden Quoten ausgehandelt. Jetzt muss weiterverhandelt werden, damit wir sichergehen können, dass es keine Produkte aus Mercosur-Ländern geben wird, die in die EU kommen, ohne die bestehenden EU-Normen für Lebensmittelsicherheit einzuhalten. Dessen ist sich auch unser EU-Agrarkommissar Phil Hogan bewusst.

Für uns Freie Demokraten ist auch ganz klar, dass die hohen europäischen Standards beim Umweltschutz, beim Verbraucherschutz und beim Tierwohl unbedingt geschützt und eingehalten werden müssen und nicht aufgeweicht werden dürfen. Wir müssen die aus Sicht der Landwirtschaft bestehenden Bedenken ernst nehmen und bei der Ausformulierung des Abkommens berücksichtigen. Die EU muss hier ganz klare Richtlinien setzen.

Im Bereich Umweltschutz wurde das bereits getan. Sowohl die Mercosur-Staaten als auch die EU werden zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens verpflichtet. Unter anderem ist im Abkommen festgehalten, dass Brasilien die illegale Abholzung des Regenwalds stoppt und bis 2030 rund 12 Millionen Hektar Regenwald wiederaufforstet.

Anstatt Ängste zu schüren, kann man das Abkommen auch als Möglichkeit sehen, südamerikanische Länder zum Beispiel in Bezug auf die Klimaziele zur Verantwortung zu ziehen.

(Beifall bei der FDP)

Das Abkommen wird geprüft, es wird validiert, dann wird der Text übersetzt. Danach können wir uns noch einmal darüber unterhalten, was tatsächlich drinsteht.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Eine Zwischenfrage vonseiten der AfD. Herr Stadler, bitte.

Ralf Stadler (AfD): Wie bewerten Sie es, dass die Österreicher und die Franzosen dagegen sind? Die machen sich doch auch Gedanken. Muss erst der Regenwald abgeholzt werden, damit man sieht, was dort überhaupt angestellt wird?

Christoph Skutella (FDP): Kollege Stadler, ich habe Ihnen gerade erklärt, dass in dem Abkommen steht, dass der Regenwald eben nicht weiter abgeholzt werden darf. Wir können mitbestimmen, was in diesem Abkommen behandelt wird. Warten wir die Endfassung ab, dann können wir uns wieder darüber unterhalten.

Hier aber Panik zu schüren und sich als Europa abzuschotten, um dann auf andere Handelsabkommen angewiesen zu sein, die für uns wahrscheinlich schlechter sein werden, halte ich für den absolut falschen Weg.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/3061 – das ist der Antrag der AfD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD; weitere Zustimmung sehe ich nicht. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer enthält sich der Stimme? – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/3087 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Wer enthält sich der Stimme? – Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Bevor ich die nächsten Dringlichkeitsanträge aufrufe, gebe ich Ihnen bekannt, dass zu den Tagesordnungspunkten 32 und 33 keine Aussprache stattfindet; wir kommen dann also direkt zur Abstimmung. Nach der Beratung der Dringlichkeitsanträge und nach den Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 32 und 33 erfolgen direkt die Schlussworte.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf – –

(Unruhe)

– Ich merke, dass es etwas unruhig ist, weil wir früher fertig werden sollen.

(Beifall bei einigen Abgeordneten)

Sie können gerne einen Antrag stellen, dass wir das verlängern.

(Heiterkeit)

Ich glaube, das war ein Ausdruck der Freude. Ich darf nochmals beginnen.